

Mit Rainer Hasiwa, guten Morgen, Spanien, Katar, Großvitanien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Das ist die sehr kurze Liste jener Länder, von denen Marokko nach dem Erdbeben Hilfe annimmt.

Karim El-Gohari wird sich gleich aus Marrake schmelden.

Schulbeginn jetzt aber wirklich und ab heute geht es eben wirklich los, als in allen Bundesländern bei uns gleich Franz Bitzeg, Volksschuldirektor aus Linz.

Und der spanische Fußballverbandspräsident Luis Rubial es wird zurücktreten, er können nicht mehr weitermachen, Schuld sind natürlich jene Mächte, die seine Rückkehr, er wurde ja schon suspendiert verhindern.

Darum wird es unter anderem hier gleich gehen, aber zuerst einmal um das Wetter hier und die weiterhin spätsommerlichen Aussichten von Gunther Schuller.

Heute und morgen geht es überall sommerlich weiter und im Osten und im Süden bleibt es auch am Mittwoch noch sehr warm.

Größten Teil scheint auch heute den ganzen Tag die Sonne, Nebel und Hochnebefelder halten sich nicht lang.

Ab dem mittleren Nachmittag können jedoch im Müll und Waldviertel, sowie am Alpenhauptkam und in den Nordalpen größere Quellwolken entstehen, auch sind zwischen dem Arnlberg und dem Totengebirge kurze Schau oder Gewitter möglich.

Zeitweise leichter bismäßiger Wind aus Ost bis Süd und die Höchsterte 25 bis 32 Grad sind 2.000 Meter 18 bis 22, zur Zeit in Wien zwischen 13 Grad in Auhof und 19 Grad in der Innenstadt, Eisenstadt und St. Pölten 15 Grad, Linz und Salzburg 16, Innsbruck und Präganz 18 und Graz und Klagen vor 13 Grad und 20 Grad jetzt in Wolfseck, nur 6 Grad hingegen in St. Michael im Lungau, auch morgen viel Sonne im Westen aber doch zunehmend Wir beginnen natürlich in Marokko, da sind mehr als 2.100 Menschen beim schweren Beben ums Leben gekommen, die Arbeit der Rettungsteam, das Teams ist auch sehr schwierig. Reden wir gleich darüber mit Karim El-Gohari, der ja seit gestern im Marrakesch ist.

Guten Morgen.

Guten Morgen.

Sie waren ja schon eben im Erdbebengebiet unterwegs, was mussten Sie denn da alles erleben?

Ja, es ist relativ klar, dass Hilfe zum Teil eben ankommt, also grundsätzlich Hilfe, aber eben nur dort in den Gegenden, die einfach zu erreichen waren, man kann es auch sehen, konnte es immer auch sehen, dass die Menschen aus ihren Dörfern weggegangen sind, die ja zum Teil überhaupt nicht mehr bewohnbar sind, sich zur Hauptstraße begeben haben, also dort dann irgendwelche improvisierten Verschlänge gebaut haben, um sich eben nur notdürftig von der Sonne zu schützen und dort einfach gewartet haben, was passiert, wie und ob sie versorgt werden.

Wenn sie dann an der Hauptstraße waren, dann haben sie in der Regel Wasser und Nahrungsmittel bekommen.

Mit den Unterkünften natürlich, da ist überhaupt nichts, da habe ich kein einziges Zelt gesehen oder irgendwas, nur diese Verschlänge.

Wenn man dann von der Hauptstraße wegfährt, wie wir das dann auch gestern gemacht haben, nur sieben Kilometer weg in ein anderes Dorf, wir waren tatsächlich die ersten Auswertigen, die in diesem Dorf angekommen sind gestern, sei es irgendwelche Hilfsorganisationen, sei es

Journalisten.

Und die Menschen haben uns dann durch das Dorf geführt, vollkommen verzweifelt.

Jeder wollte uns zeigen, was passiert ist, wie die Häuser zusammengestürzt sind, wie sie ihr Vieh verloren haben und alles Mögliche.

Also man konnte ganz klar sehen, dass da diese ganzen Rettungsgeschichten sehr, sehr langsam anlaufen.

Die Rettungsmaßnahmen sollen eben anlaufen.

Jetzt hat Marokko mittlerweile die Hilfe von vier Ländern angenommen.

Man erinnert sich an das Beben in der Türkei und dem Irak, wo sie ja auch waren.

Da haben wir sofort jedenfalls in der Türkei Dutzende Länder geholfen.

Warum ist Marokko da so zögerlich?

Ich glaube, da kann man nur drüber spekulieren natürlich.

Anders als die Türkei zum Beispiel hat Marokko zumindest in die jüngste Zeit eben keine Erfahrung mit Beben.

Das letzte Beben wurde 2004 und das große große Beben in Marokko war 1960.

Vielleicht hat man einfach gedacht am Anfang, dass das die Armee allein schafft, war vielleicht ein bisschen national stolz.

Dann natürlich hat man gemerkt, dass die Zeit ein entscheidender Faktor sind, Überlebende aus dem Trümmern zu holen.

Und dann Bilder von Menschen, die mit bloßen Händen versuchen, ihre Nachbarn und ihre Verwandten

auszugraben, haben natürlich dem Image geschadet und auch den Ärger der eigenen Bevölkerung gehört erhöht.

Und dann hat man erstmal begonnen, arabische Hilfe anzunehmen, nämlich von Qatar und den arabischen Emiraten.

Und dann hat man gesehen, auch das reicht nicht.

Inzwischen wurde Hilfe angenommen von Spanien, von Großbritannien, von Frankreich und auch aus der USA.

Marrakesh, sind ja etwa 300.000 Menschen betroffen.

Blicken wir kurz auf den heutigen Tag.

Was sehen Sie denn, wie wird es da weitergehen?

Die Zeit für diese Rettungsarbeiten, Sie haben es schon gesagt, wird ja immer knapper.

Ja, ich glaube, wir werden immer mehr Horrorgeschichten hören, weil sich sowohl die Bergungsteams

als auch die Journalisten immer mehr jetzt vorarbeiten, eben auch in diese vollkommen entlegenen Dörfer im Epicentrum, die im Epicentrum des Bebens vor drei Tagen gelegen haben.

Wir haben zum Beispiel jetzt Berichte von einem Dorf Tafrari im Epicentrum, wo tatsächlich nichts mehr steht, wo 90.200 Einwohner bestätigt sind, dass sie eben tot sind.

Und ich glaube, dass wir solche Berichte jetzt in den nächsten Stunden mehr hören werden, wenn wir eben dann auch weiterkommen.

Wir werden heute auch versuchen, heute ist mein Epicentrum des Bebens vorzukommen und dann eben auch darüber zu berichten.

Schlimme Situation, klarerweise nach wie vor in Marokko Karimel-Gohari war das mit einem aktuellen Bericht von dort.

Vielen Dank.

Bitte sehr.

Wir kommen nach Österreich.

Heute sind auch im westlichen Österreich die Schulferien vorbei, rund 650.000 Kinder und Jugendliche in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steinmark, Tirol und Veraberg müssen ab heute wieder in die Schule, darunter 54.000 in die erste Klasse in den östlichen Bundesländern, ist es ja schon letzte Woche losgegangen. Ein Staat, den nicht alle als reibungslos empfunden haben, berichtet Eva Haslinger. Trotz leerer Manges können alle Schulstunden gehalten werden, hat Bildungsminister Martin Pollaschek heute vor einer Woche gesagt.

Mit einer Loch-Auf-Loch-Zustrategie ist so die Kritik.

600 neu angestellte Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sollen es richten, außerdem Lehramtsstudierende.

Insgesamt 10% der Lehrenden an den Schulen seien Personen, die nicht über ein einschlägiges Studium ausgebildet wurden, so Pollaschek vergangene Woche.

Eine Zahl, die manchen zu hoch ist.

Von Zeiten der Lehrgewerkschaft kommt wiederholt Kritik.

Gewerkschafter Paul Kimberger sprach etwa von Mehrdienstleistungen, von Provisorien, größeren Gruppen und weniger individueller Betreuung.

Er befürchtet zudem, dass der hohe Druck zu weiteren Ausfällen beim Lehrpersonal führen werde und auch die Verwaltung und Bürokratie an den Schulen seien enorm.

Zu viel Bürokratie hat auch Hannes Grün-Biechler von der unabhängigen Lehrgewerkschaft kritisiert.

Neben mehr Lehrpersonal bräuchte es auch zusätzliche Sozialarbeiter und Schulpsychologinnen an den Schulen.

Für Kritik haben auch immer wieder die Deutschförderklassen gesorgt.

Eingeführt wurden sie unter Türkees Blau für Schülerinnen und Schüler, die die Unterrichtssprache nicht gut genug beherrschen.

Laut einer Erhebung der Universität Wien werden die Vorgaben nicht durchgehend umgesetzt, etwa weil es nicht genügend Lehrkräfte oder ausreichend Raum an den Schulen gäbe.

Und die Mehrheit der befragten Lehrkräfte lehnt das Modell laut der Umfrage überhaupt ab.

Berichtet Eva Haslinghand, wir begrüßen nun Franz Bitt,

sagt den Direktor der Volksschule in Linz-Ebelsberg, mit ungefähr 200 Schülerinnen und rund 20 Lehrern.

Er ist auch noch SPÖ-Lehrer-Vertreter. Guten Morgen.

Guten Morgen, Herr Linz.

Herr Direktor, vielleicht möchten wir mal die Situation.

In Ihrer Schule haben Sie alles, was Sie brauchen oder eh nicht?

Na ja, sagen wir mal so, nicht ganz.

Es vielen mir trotzdem, trotz mehrerer Bewerbungsgespräche in den Ferien, immer noch für mehrere Stunden Lehrer.

Aber jetzt sagen wir mal so, den Schulbeginn können wir mal gut schupfen.

Das bringen wir zustande.

Lehrer quasi fehlen an Ihrer Schule, fehlt Ihnen noch Zusatzpersonal?

Was geht Ihnen da am meisten ab?

Am meisten geht bei uns in der Schule ab Zusatzpersonal für Kinder in der Inklusion.

Ich habe von meinen elf Klassen, fünf Klassen, Inklusionsklassen.

Und da braucht man besonders Personal,

da die Kinder haben dort mehr Bedürfnisse,

besondere Bedürfnisse, um ihnen gerecht zu werden.

Braucht man einfach viele Hände und auch räumliche Adaptionen,

die wir nur zum Teil bekommen.

Ich habe es schon eingegangen gesagt, Sie haben rund 20 Lehrerinnen und Lehrer,

20 wenn Linz Wicke, glaube ich habe ich das ja gelesen.

Aber wenn das stimmt, wie viele konkret hätten Sie denn gerne mehr?

Naja SS, wenn ich jetzt zurückdenke, ich bin jetzt der 16. Lehrschulleiter.

Und wir hatten bis vor sieben Jahren ungefähr fünf Dienstposten mehr, so um den Daumen.

Und damals ist es uns wirklich gelungen mit diesen zusätzlichen Dienstposten,

damals gab es einen Chancenindex und damals gab es auch aus dem Integrationsfonds zusätzliche Stunden

für Lehrkräfte, für die Integration der Kinder mit Integrationshintergrund.

Damals ist es endlich wirklich gut gelaufen.

Damals hatten wir auch die Möglichkeit, Kinder, die frische aus den Heimatländern gekommen sind und gar nicht Deutsch sprachen, sehr intensiv zu fördern.

Und das ist mittlerweile deutlich schwieriger geworden.

Wie werden Sie in diesem Schuljahr damit umgehen können?

Erwarten Sie noch weitere Lehrer?

Ich hoffe, dass ich noch zumindest eine Lehrperson bekommen werde, weil ich ja noch Stunden offen habe.

Das ist heute durch den Personalmangel jetzt auch immer ein Hinhoffen.

Ich habe im letzten Jahr nach einem längeren Krankenstand monatelang warten müssen, bis wir endlich eine Lösung gefunden haben.

Und vieles wird halt dadurch zu lösen sein, dass es Überstunden gibt.

Uns Lehrerinnen und Lehrern ist ja da nicht die Kinder ein Anliegen.

Und es ist uns ja bewusst und wirklich wichtig, dass sie ihren Schulerfreude haben.

Und jetzt führt das halt dann sehr viel dazu, dass so strukturelle Probleme durch Mehrarbeit ausge bessert werden.

Und was zu einer gewissen Selbstausbreitung teilweise auch führt.

Es ist dann am Ende des Schuljahrs waren wir letztes Jahr alle ziemlich geschafft.

Überstunden, also quasi auch bei Ihnen am Stundenplan.

Herr Dr. Bitzig, blicken wir noch von Ihrer Volksschule auf die große Innenpolitik.

Was muss denn aus Ihrer Sicht beim derzeit verhandelten Finanzausgleich für die Schulen rausschauen,

insgesamt und jedenfalls für Ihre?

Also insgesamt ganz wichtig ist im Finanzausgleich werden ja die Ressourcen für den Hintergrund von der pädagogischen Förderbedarf verhandelt und festgelegt.

Und das sind echt die Kinder, die am meisten Bedürfnisse haben, die am meisten Unterstützung brauchen.

Und da sind die Ressourcen seit 2001 eingefahren.

Und Sie vorstellen, da gab es noch ein Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser, so lange es das her und deckt den richtigen, den echten Bedarf überhaupt nicht mehr ab.

Und wir merken das schon, dass wir da an unsere Grenzen kommen.

Die Kinder mit mehr Förderbedarf wirklich ausreichend und in dem, was sie brauchen zu fördern.

Wobei eigentlich das als Konzept irrsinnig gut wäre und irrsinnig erfolgreich wäre.

Aber da braucht es wirklich die Ressourcen, die es braucht und nicht in der Fantasie.

Seit so langer Zeit sind jetzt die Kinder eingefroren.

Dann hoffen Sie also, dass Neahammer und Brunner quasi Kanzler und Finanzminister zugehört haben.

Franz Bitzegwalles, der Direktor der Volksschule Linz Ebelsberg.

Vielen Dank und wir wünschen Ihnen einen guten Schulbeginn natürlich.

Vielen herzlichen Dank. Dankeschön.

7.12. Mittlerweile. Wir kommen zu Internationalen.

Am Südkaukasus nehmen die Spannungen, um die Umkämpfte Region Bergkarabach zu.

Armenien wirft Aserbetschan einen Truppenaufmarsch rund um Bergkarabach und eben entlang der Grenze vor.

Heute wollen die armenischen Streitkräfte eine mehrtägige Militärübung mit US-Soldaten beginnen, wie unsere Korrespondentin Miriam Beller berichtet.

Es ist ein vergleichsweise kleines Manöver,

dass armenische Militär gemeinsam mit den USA in den nächsten neun Tagen in der armenischen Hauptstadt Jerevan durchführen will.

Nur 85 US-amerikanische und 175 armenische Soldaten sollen an den Übungen teilnehmen.

Doch es sei nicht die Größe oder der Umfang, die die Bedeutung dieser Übungen ausmachen, sagt Richard Kiragosian, Direktor des Regional Study Center in Jerevan.

Das Zielpublikum ist Moskau und Baku.

Es soll die Botschaft vermittelt werden, dass Armenien über Optionen verfügt.

Die Militärübungen haben außerdem einen innenpolitischen Aspekt.

Die armenische Regierung beginnt damit, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, dass man sich von der bisherigen Abhängigkeit von Russland löst.

Russland, das sich selbst weiterhin als Sicherheitsgarant in der Region sieht,

zeigt sich von den angekündigten Militärübungen wenig begeistert.

Diese würden nicht zur Stabilisierung der Lage beitragen,

sagt der russische Präsidenten-Sprecher Dmitry Peskov.

Der Konflikt um die Mehrheitlich von Armenien bewohnte Region Berkarabach, die völkerrechtlich aber zu Azerbaijan gehört,

hat sich in den vergangenen Monaten wieder zugespitzt.

Der Lajin Korridor, die einzige Verbindung zwischen Berkarabach und Armenien, wird seit Dezember durch Azerbaijan blockiert.

Die humanitäre Lage verschlechtert sich stetig.

Russische Friedenstruppen sind in der Region zwar stationiert,

Armenien wirft ihnen aber vor, ihre Aufgaben nicht zu erfüllen.

Die Frustration über den alten Partner Russland nimmt in Jerevan zu, meint Richard Geragosian.

Armenien suche deshalb nach anderen Sicherheitspartnerschaften, nicht nur, aber eben auch im Westen.

Russland ist doch seine gescheiterte Invasion in der Ukraine weiterhin überfordert und abgelenkt.

Aus dieser Perspektive gesehen hat Russland die diplomatische Initiative verloren und seine Macht schwindet.

In einem Zeitungsinterview hat selbst der armenische Premierminister Nikol Pashinyan eingeräumt,

dass die massive Abhängigkeit von Russland in Sicherheitsfragen ein strategischer Fehler gewesen sei.

Sich ganz von Moskau zu lösen, dürfte für die Regierung in Jerevan aber beinahe unmöglich sein, meint Politikwissenschaftler Richard Geragosian.

So verfügt Russland beispielsweise immer noch über einen Militärstützpunkt in Armenien.

Die jetzigen Anstrengungen der armenischen Regierung bewertete der Experte als zu wenig und zu spät.

Zu wenig ist danach das Stichwort für den nächsten Beitrag zu wenige Bundesländer.

In Österreich sind wir wieder zu wenige Bundesländer,

haben da nämlich die Entscheidung umgesetzt,

die Zuverdienstgrenze für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen.

An sich haben sich Herr Bund und Länder schon im vergangenen Herbst darauf geeinigt,

aber eben vier Bundesländer haben diese Entscheidung eben nach wie vor nicht umgesetzt.

Über 18.000 vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer sind mittlerweile in Beschäftigung.

Es könnte aber eben mehr sein Einhindernis,

ist laut AMS nach wie vor eben diese Zuverdienstgrenze zur Grundversorgung, berichtet Max Nikols.

Seit April des heurigen Jahres haben Ukrainerinnen und Ukrainer, die vom Krieg vertrieben wurden,

uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt.

Mittlerweile sind in Österreich exakt 17.688 Ukrainerinnen und Ukrainer unselbständig beschäftigt.

Das sind die aktuellsten Zahlen des Arbeitsmarktservice stand Juli des heurigen Jahres.

AMS-Vorstand Johannes Kopf?

Wenn ich es vergleiche mit dem Juli vor einem Jahr, dann haben wir doch um 5.000 mehr Beschäftigten.

Das ist einmal eine gute Sache.

Und wenn jetzt sozusagen ich mir die Zahlen anschau, dann würde ich sagen, noch sind wir nicht zufrieden.

Wir sind vor allem nicht zufrieden, weil es eine doch große Gruppe gibt, die überhaupt nicht am Arbeitsmarkt noch aufgeschieden ist

und auch nicht beim AMS nach Arbeit sucht,

weil sie einfach noch stark an ihrer Rückkehr orientiert sind, was verständlich ist, aber im Hinblick auf die Entwicklung des Krieges möglicherweise nicht sinnvoll.

Und dann gibt es noch einen Grund, warum Ukrainerinnen und Ukrainer sich nicht beim AMS melden,

um Arbeit zu finden, denn viele fürchten, um ihre Grundversorgung umzufallen.

Eine Frau mit zwei Kindern, die privat in Wien wohnen, bekommen in der Grundversorgung 330 Euro im Monat für Miete und 550 Euro für Verpflegung, macht 880 Euro pro Monat. Geht die Frau arbeiten und verdient mehr als 270 Euro pro Monat, werden die Leistungen der Grundversorgung gekürzt oder sogar gestrichen, das war die Regelung. Vor fast einem Jahr hat sich der Bund dann mit den Ländern auf eine Erhöhung dieser Zuverdienstgrenze für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer geeinigt. Doch einige Bundesländer haben die Regelung trotz Zustimmung nach wie vor nicht umgesetzt, kritisiert AMS-Vorstand Johannes Kopf. Es gibt eine politische Einigung bezüglich des Zuverdienstes. Also wenn man zur Grundversorgungsleistung Geld dazu verdient und diese Regelung ist in mehreren Bundesländern einfach noch immer nicht umgesetzt. Das heißt, da gibt es noch immer Menschen, die, wenn sie Arbeit aufnehmen, einen Teilzeitjob, weil sie eben sonst Kinderbetreuungspflichten haben, die dann ihre Grundversorgung verlieren oder jedenfalls unsicher sind, ob sie sie verlieren, ob sie nicht aus ihrem Quartier fliegen, das ist unsinnig. Wir dürfen hier keine Immeraktivitätsfallen im System haben, das gehört endlich umgesetzt. Laut der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen fehlt die Umsetzung in Niederösterreich, Kärnten, Salzburg und Tirol. In den anderen Bundesländern können Ukrainerinnen und Ukrainer deutlich mehr hinzuverdienen. Ein Beispiel der Frau mit den zwei Kindern in Wien bekommt sie etwa 1200 Euro pro Monat an Einkommen, dann bleiben ihr noch 275 Euro aus der Grundversorgung zusätzlich. Mit anderen Worten, sie hat also einen finanziellen Anreiz, arbeiten zu gehen. Max Nicole Sorter berichtet. Im Fall der ehemaligen IS-Anhängerin Maria G. aus Salzburg, die seit Jahren mit zwei kleinen Kindern in einem kurdischen gefangenen Lager in Nordsyrien festzieht, muss das Außenministerium jetzt noch einmal über eine Rückholung Entscheidung entscheiden. Das hat nämlich das Bundesverwaltungsgericht zuletzt entschieden. Bisher habe das Ministerium die Rückholanträge der Familie immer informlos und nicht rechtsgültigem Schreiben abgelehnt, aber damit seine Entscheidungspflicht verletzt. Bis Oktober muss jetzt ein Bescheid erlassen werden, gegen den die Familie sich dann beschweren kann. Und das hat sie auch vor. Sollte dieser Bescheid dann wieder negativ ausfallen, kündigt die Anwältin der Familie rechtliche Schritte an, berichtet Jürgen Pettinger. Die Hoffnung, dass Maria G. und ihre zwei Söhne, 5 und 7 Jahre alt, bald doch nach Österreich zurückgeholt werden, ist für die Familie in Salzburg zuletzt wieder stark gestiegen. Nach dem Gerichtsbeschluss müsse das österreichische Außenministerium jetzt Farbe bekennen, sagt Rechtsanwältin Doris Havelka. Das führt dann dazu, dass wir endlich noch so vielen Jahren, was man eigentlich schon sagen, eine Grundlage haben, diese Entscheidung vom Bundesministerium nämlich,

dass sie nicht rückholen, in einem ordentlichen, rechtsstaatlichen Verfahren überprüfen zu lassen. Vor gut zehn Jahren hat sich Maria G. als damals 17-jährige der Terrormiliz IS in Syrien angeschlossen.

Beide Kinder sind dort zur Welt gekommen. Der Vater, ein IS-Kämpfer, ist tot.

Seit gut fünf Jahren leben die Kinder mit ihrer Mutter in einem kurdischen Gefangenenlager.

Erst kürzlich haben sie die Großeltern aus Salzburg dort besucht.

Sowohl Maria G. als auch die Kinder leiden an Mangelerscheinungen.

Schildert Maria G.s Mutter die Oma der Buben, eine pensionierte Krankenpflegerin.

Die Kleine hat gerne Albe 4 mit Fiebergrempfe.

Gerade wenn wir sie besucht haben, waren sie auch wieder krank.

Man hat einfach gemerkt, dass sie gesundheitlich nicht so gut beieinander sind.

Alle drei. Aber am schlechtesten geht es allbei halt den Kleinen,

weil der einfach von Anfang an so aufgewachsen ist mit Mangelernährung und so.

Das Außenministerium in Wien betont auf Nachfrage einmal mehr,

dass die Kinder alleine zurückgeholt werden könnten.

Zuletzt sei das in vier Fällen bereits passiert.

Dazu sei aber die Zustimmung der Mutter nötig, was Maria G. verweigert.

Das widerspreche auch dem Kindeswohl, sagt die Rechtsanwältin der Familie.

Weil wenn man sich vorstellt, dass man Burschen im Alter von 5 und 8 oder sowas jetzt, von der einzigen noch bestehenden Bezugsperson trennt

und in eine völlig fremde Welt bringt, kann das weder nämlich für eine Resozialisierung noch für ihr Fortkommen irgendwie zuträglich sein.

In Österreich droht Maria G. wegen ihrer Mitgliedschaft bei einer Terrormiliz eine mehrjährige Gefängnisstrafe.

Dem würde sie sich auch bereitwillig stellen, wie ihre Eltern in Salzburg betonen.

Sie würden die Buben in dieser Zeit bei sich aufnehmen und ihnen erstmals ein kindgerechtes Leben ermöglichen.

Die wissen eigentlich gar nicht, was ein freies Leben ist.

Die sind eigentlich jetzt überhaupt der Kleine, der ist nicht ein Jahr in so ein Camp-Kammer.

Der große mit drei Jahren.

Gibt es da irgendwas für Kinder? Gibt es da einen Spielplatz? Gibt es da Schulen?

Von Spielplatz, wo sie gar nicht war.

Sand und Störner und Zelte, sonst wo sie gar nicht war.

Sagt die Großmutter der Buben.

Laut Bundesverwaltungsgericht hat das Ministerium jetzt zwei Monate Zeit neuerlich über eine Rückführung zu entscheiden.

Sollte es wieder nein heißen, kündigt die Familie rechtliche Schritte an.

Die Chancen für Maria G. und ihre Kinder stünden vor Gericht gut, heißt es.

Zumal andere EU-Staaten sehr wohl laufend auch Erwachsene Staatsangehörige zurückholen.

27 Mittlerweile, die Affäre rund um den spanischen Fußballverbandspräsidenten Luis Rubiales könnte schön langsam beendet sein.

Nachdem er sich drei Wochen gewährt hat, hat Rubiales nun doch seinen Rücktritt angekündigt.

Von Einsicht allerdings keine Spur.

Der 46-jährige hat nach dem Frauenfußball-WM-Finale eine spanische Spielerin auf den Mund

geküsst.

Die Spielerin und fast ganz Spanien fand das unangemessen Rubiales Verhalten danach. Auch jetzt dürfte aber im Entgültigen berichtet Gehard Brasker.

Ja, ich werde zurücktreten, weil ich meine Arbeit nicht mehr fortsetzen kann.

Mit diesem Wort hat der 46-Jährige seinen Schritt jetzt drei Wochen nach dem WM-Finale begründet.

Nach Gesprächen mit seinem Vater und seinen Töchtern wurde ihm klar, dass es zum einen um seine Würde und sein weiteres Leben gilt, das er zu schützen hat. Aber vor allem ist auch der Druck auf die Familie zu groß geworden.

Er müsse aufpassen, dem Leben anderer und dem Sport nicht zu schaden.

Letztendlich ist der Druck für Luis Rubiales in den letzten Wochen zu groß geworden.

Der Weltverband FIFA hat ihn suspendiert. Die Spielerinnen haben einen Streik angekündigt. Kollegen aus dem Trainerteam sind zurückgetreten.

Jennifer Moshoff hat Rubiales nach diesem unfreiwilligen Kuss angezeigt

und die Staatsanwaltschaft hat eine Klage wegen sexueller Nötigung eingereicht.

Der 46-Jährige besteht allerdings weiterhin darauf, dass der Kuss einvernehmlich war.

Rubiales hat in seiner Stellungnahme auch angekündigt, solls Vizepräsident der UEFA zurückzutreten.

Damit Kultur im Morgenstern vor rund einem Jahr löste der Tod von China Masa Amini, die nach einer Festnahme durch die iranische Sittenpolizei gestorben ist, eine neue Protestbewegung im Iran aus.

Nun kommt ein Film in den Kinos, der an den früheren Fall erinnert

und daran, dass Polizeigewalt, Hinrichtungen und Unterdrückung von Frauen im Iran nichts Neues sind.

Jakob Fessler nun über sieben Winter in Teheran.

Rehane Jabari ist eine lebensfreue junge Frau,

als eine Zufallsbekanntschaft im Juli 2007 ihr Leben verändert.

Mit einem Messerstich währt sich die damals 19-Jährige gegen eine versuchte Vergewaltigung in einer Wohnung.

Der Angreifer Martesa Sarbandi, ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, erliegt seinen Verletzungen. Rehane Jabari kommt in Haft.

Ich komme aus Deutschland, ich bin deutschsozialisiert, ich spreche kein Persisch und ich war auch nie im Iran.

Deswegen war bei mir erstmal die große Frage, wie kann ich so ein Film machen, obwohl dieses Thema und diese Geschichte von Rehane sofort was in mir ausgelöst hat.

Und ich glaube, das ist vor allem diese sexuelle Übergriff,

weil das ist natürlich kein iranisches Thema, das ist leider ein Thema weltweit.

So die deutsche Regisseurin Steffi Niedertzoll über sieben Winter in Tehran ihren ersten langen Dokumentarfilm.

Mit Hilfe alter Privataufnahmen, bei Gefängnisbesuchen

von der Familie heimlich angefertigten Handyaufnahmen,

geführte Interviews und nachgebauter Modelle bedeutender Schauplätze

rekonstruiert sie Rehane Jabaris Fall und ihre Jahre im Gefängnis.

Fehlender Rechtsbeistand erzwungene Geständnisse,

ein Gerichtprozess bei dem plötzlich der Richter ausgetauscht wird und schließlich das Urteil Todesstrafe nach dem Vergeltungsgesetz der Blutrache. Doch auch nach dem Gerichtsspruch und nach Jahren im Gefängnis hat der Rehane Jabaris Familie die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Währenddessen wird aus der unauffälligen Studentin im Gefängnis eine politische Aktivistin. Ich gebe zu, manchmal vermisse ich mein Zuhause. Aber viele Frauen im Gefängnis hatten Nieren zuhause. Die Frauen wählen ihr Schicksal nicht selbst, sie werden auf einen Weg gezwungen. Geschmuggelte Tagebucheinträge und Briefe im Film gelesen von der imexil lebenden iranischen Schauspielerin Saar Amir Ibrahim geben Rehane Jabari ihre Stimme zurück. Seit sieben Jahren kehrten sie in den Gefängnissen Der Fall Jabari erlangt schließlich internationale Aufmerksamkeit. Doch trotz aller Bemühungen wird sie am 25. Oktober 2014 hingerichtet. Es gab vor Rehane ganz viele andere Rehanes. Und es gibt nach Rehane leider auch ganz viele andere Rehanes. Also, das ist eine Geschichte, glaube ich, die eben kein Einzelfall ist. Also, es gibt viele andere Rehanes. Es gibt viele andere Rehanes. Ich glaube, die eben kein Einzelfall ist. Irgendwann macht der Film ja auf und erzählt eben nochmal andere Frauenschicksale dieses Systematik dahinter irgendwie frei legen. Und im Durchschnitt werden im Iran gerade jede acht Stunden ein Mensch hingerichtet. So Regisseurin Steffi Niederzoll, ihr Film Sieben Winter in Tehran, ist in seiner Rekonstruktionsarbeit ein kleines Kunststück. Und zugleich ein wichtiger Wegruf an den Westen, der iranischen Zivilgesellschaft zu hören. Berichtet Jakob Fessler, die neue Bauordnung in Wien soll zwar erst Ende des Jahres fertiggestellt sein, löst aber schon jetzt heftige Diskussionen aus. Obwohl der Vorlegenturf erstellt immerhin von einer Fachkette mit mehr als 120 internen und externen Experten und Experten den Schwerpunkt auf den Klimaschutz liegt, sehen Etliche gerade da, deutliche Unzulänglichkeiten. Dabei könnte diese Bauordnungsnovelle eine wichtige Weichenstellung sein, berichtet Sabine Opelzer. Erdwärme Sonden sollen in Zukunft baurechtlich gänzlich bewilligungsfrei sein, die Fernwärme weiter ausgebaut werden und Baum-Pflanz-Verpflichtungen für Parkplätze

ab fünf Stellplätzen kommen.

Innenhöfe sollen entziegelt werden

und Trankgerüste an den ersten drei geschossen bewilligungsfrei sein

und vieles mehr.

Für Peter Bauer, Vizepräsident der Kammer der Architekten

und Ingenieurskonsulenten ist der Gesetzentwurf

ein Schritt in die richtige Richtung, aber voll unklarer Begriffe und Bestimmungen.

Er würde eine Fülle von aufwendigen Einzelbegutachtungen erforderlich machen

und das in Zeiten des Arbeitskräftemangels.

Wir haben in Österreich circa 2,2 Millionen Gebäude,

die wir energetisch angehen müssen.

Wovon man zwischen 1,1 und 2 Millionen Gebäude auch energetisch sanieren muss,

also nicht nur die Heizung austauschen.

Das wollen sie in 15 Jahren leisten.

Noch einmal, ich möchte betonen, das ist nicht alleine eine Wiener Zahl,

das ist eine Österreich-Zahl.

Das heißt, sie müssen, wenn sie das in 15 Jahren wirklich schaffen,

wollen 70.000 Gebäude pro Jahr transformieren.

Dazu brauchen wir einfach viel schnellere Verfahren.

Wir wollen doch nicht über jedes Gebäude einzeln absprechen.

Das kann sich einfach nicht mehr ausgehen.

In ihrer über 100-jährigen Geschichte

wurde die Wiener Bauordnung so oft überarbeitet,

dass die einzelnen Bargarfen schon in Widerspruch zueinander stehen

und zu langen Debatten führen.

Die Planner wünschen sich mehr Überschaubarkeit,

was bei einem Haus möglich ist und was nicht.

Ich vermisse, dass hier die Länder unter Bund gemeinsam als dort gehen passen

und die dann in die Gesetzesmaterien verankern

und natürlich dann wieder zurück in die Bauartung gehen.

Christine Pass-Dollezahl als Leiterin der MA64

hat sich zuständig für rechtliche Bau- und Energieangelegenheiten erklärt.

Die Bauordnung allein könne diese Probleme nicht lösen.

Pass-Dollezahl verweist auf Bundesgesetze

und die neuen Richtlinien des österreichischen Instituts für Bautechnik.

Ganz zentral sind gerade für den Bereich der Kreislaufwirtschaft

und der Ressourcenschonung zum Beispiel auch die bautechnischen Vorschriften,

die in einem österreichweit harmonisierten Regelwerk

den sogenannten OEB-Richtlinien erarbeitet werden.

Das erneuerbare Wärmegesetz ist eben ein Bundesgesetz,

das bislang leider nicht gekommen ist

und das dringend notwendig wäre,

damit man auch den Wienerplan bis 2040 raus aus Gas zu sein wirklich einhalten kann.

Weiters wäre es sinnvoll, die 122 Klimaförderungen

in einer Verwaltungsreform überschaubarer zu gestalten, statt Förderberater zu beschäftigen.
Wichtig wäre es auch, das Mietrechtsgesetz zu überarbeiten, damit die Umbaumaßnahmen nicht mit jedem Mieter einzeln ausdiskutiert werden müssen.
Entschlackungen aller Gesetzesrederwerke wären die beste Voraussetzung, um digitale Baueinreichungen mittels künstlicher Intelligenz zu beschleunigen.
Und nun noch beschleunigt ins Nachrichtenstudie zu Konstantin Hahn.
Marokko will nach dem schweren Erdbeben zunächst Hilfsangebote aus vier Ländern in Anspruch nehmen.
Wie das marokkanische Innenministerium erklärt, hätten die Behörden auf die Unterstützungsangebote aus Spanien, Katta, Großbritannien und den Vereinigten arabischen Emiraten reagiert.
Ein Nachbeben hat gestern die Bergungsarbeiten erschwert.
Die Zahl der Toten ist mittlerweile auf mehr als 2100 gestiegen.
Der ukrainische Präsident Volodymyr Selensky berichtet von Fortschritten bei der ukrainischen Gegenoffensive.
In den letzten sieben Tagen habe er sein Vorankommen gegeben, sagt Selensky am Abend in seiner täglichen Videoansprache.
Dabei gebe es Bewegung sowohl im Süden der Ukraine im Gebiet Saporizhja als auch rundum die von Russland besetzte Stadt Bachmut.
An anderen Frontabschnitten sei es gelungen, russische Angriffe abzuwehren, so Selensky.
Amtsinhaber Sergey Sobyanin hat die Abstimmung für das Bürgermeisteramt in Moskau gewonnen.
Sobyanin hat nach Auszählung von rund 90 Prozent der Wahlprotokolle fast zweieinhalb Millionen Stimmen auf sich vereinigt, teilt die zentrale Wahlkommission mit.
Er hat damit rund 75 Prozent der Stimmen bekommen und liegt uneinholbar vor den weitgehenden Unbekannten gegen Kandidaten.
Der als Plagiatsjäger bekannte Kommunikationswissenschaftler Stefan Weber erhebt Vorwürfe gegen ÖBB-Chef Andreas Mathe.
Mathe ist Diplomarbeit, würde zu wesentlichen Teilen aus Absatz bis seitens langen Text Plagiaten bestehen, so Weber.
Bahnchef Mathe weist die Vorwürfe zurück.
Er habe Studium, Diplomarbeit und Diplomprüfung nach bestem Wissen und Gewissen erledigt.
Und das Wetter ist weiterhin sommerlich, größtenteils den ganzen Tag sonnig.
Es gibt nur ein paar Nebelfelder.
Ab dem Nachmittag im Westen jedoch vermehrt Wolken.
Die Höchstwerte 25 bis 32 Grad.
Danke Konstantin Anders, war auch schon das Morgensjournal Kathi Ahama, Technik, Julia Schmuck, Regie und anderes Initiative-Journalteam.
Wir melden uns wieder am Acht, aber jetzt zu Raphael Sass und zu guten Morgen, Mitte eins.

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (11.09.2023)

Ja, mit feiner Barockmusik geht's jetzt hinein in den Montag.
Die Fan-Diemens-Band spielt Georg Friedrich Händel.
Copyright WDR 2021